

Politikversagen statt Marktversagen

Finanzkrise bestätigt Liberale – ein Argumentationsleitfaden

Staatliche Eingriffe setzten Rahmen falsch.

Wer die Marktwirtschaft für die Finanzkrise verantwortlich macht, verwechselt Ursache und Wirkung. Am Beginn der Krise standen staatliche Eingriffe in den US-Immobilienmarkt: Jahrzehntlang war es erklärtes Ziel der Politik in den USA, auch nicht kreditwürdigen Personen zu Wohneigentum zu verhelfen. Gleichzeitig sorgte die US-Notenbank mit ihrer Niedrigzinspolitik für billiges Geld.

Menschen passten sich Rahmenbedingungen an.

Diese politisch falsche Rahmensetzung blieb nicht ohne Folgen: Die Banker entdeckten profitable neue Geschäftsfelder und die Bürger den Weg zum erträumten Eigenheim – auch ohne das notwendige Eigenkapital. Der Markt für massenhafte „faule Kredite“ war geboren, der skrupellosen Geschäftemachern erlaubte, Gewinne in die eigene Tasche zu schaufeln und die Risiken der Allgemeinheit aufzubürden.

Deutsche Bankenaufsicht war überfordert.

Als diese Kreditrisiken im Wege der Refinanzierung bei deutschen Banken landeten, setzte sich mit der unzureichenden Bankenaufsicht das Politikversagen diesseits des Atlantiks fort: So entdeckte eine kleine Schar Prüfer der Deutschen Bank bei der Hypo Real Estate die Finanzlöcher, die den 1.600 Beschäftigten der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) zuvor verborgen geblieben waren. Hierfür trägt die Bundesregierung die politische Verantwortung.

FDP war immer für klare Regeln auf den Finanzmärkten.

Wir Liberale wissen: Kein Markt funktioniert ohne klare Regeln, die von allen eingehalten werden. Deshalb tritt die FDP seit Jahrzehnten für Transparenz der Finanzmärkte ein. Nachzulesen ist das für jeden z. B. im Bundestagswahlprogramm von 1990; „Die Macht der Banken und Versicherungen begrenzen“, heißt es dort. Und schon 2002 haben wir im Deutschen Bundestag gefordert, die Bankenaufsicht in Deutschland unter der einheitlichen Kontrolle der Bundesbank zu bündeln und so Interessenskollisionen zu verhindern. Trotzdem haben die Bundesfinanzminister Waigel, Lafontaine, Eichel und Steinbrück nicht gehandelt!

Jetzt muss neues Vertrauen wachsen.

In der jetzigen Situation gehört es zur staatspolitischen Verantwortung der FDP, konstruktiv alle notwendigen und vernünftigen Maßnahmen der Bundesregierung zur Überwindung der Finanzkrise zu unterstützen. Klar ist: Wenn wir Steuermittel aufwenden, dann um das Geld der Sparer und der Anleger wieder sicherer zu machen und Vertrauen zu schaffen. Der Einsatz von Steuergeldern dient dem Schutz der Bürger, nicht einigen Bankern, die ihre Arbeit schlecht gemacht haben. Die staatlichen Hilfen sichern Arbeitsplätze, Wohlstand und das Erfolgsmodell der Sozialen Marktwirtschaft.

Planwirtschaft ist keine Alternative.

Dass es auch in der Sozialen Marktwirtschaft schwarze Schafe gibt, ist noch lange kein Grund, die Soziale Marktwirtschaft als System zu verteufeln. Die Alternative hieße Planwirtschaft – die in der Vergangenheit stets über kurz oder lang in den Staatsbankrott führte. Der Staat ist nicht der bessere Bankier; das belegt ein Blick auf die deutschen Banken, für die die Politik (Mit-)Verantwortung trägt: Sie waren als erste von der Krise betroffen und nehmen nun – mit der BayernLB – auch als erste staatliche Hilfen in Anspruch.

Politik für mehr Wachstum ist gefordert.

Die FDP ist die Partei des Mittelstandes, nicht die Partei von Finanzakrobaten. Gerade deshalb leisten wir nun unseren Beitrag zur Überwindung der Krise. Neben der Stützung des Finanzmarkts ist hier eine Politik für mehr Wachstum gefragt. Deshalb müssen Steuern und Abgaben kurzfristig und dauerhaft sinken, damit Bürger und Unternehmen neue wirtschaftliche Freiräume erhalten.